

BUNDESLÄNDER

Puppen tanzen

Wenn die sozial-liberale Koalition wissen möchte, woran sie ist — der nächste Sonntag wird es zeigen. Drei Landtagswahlen rufen 18 Millionen Wahlberechtigte (43 Prozent aller wahlberechtigten Bundesbürger) zu den Urnen. Es ist, wie die „FAZ“ zutreffend leitartikelte, „eine halbe Bundestagswahl“.

Gewählt wird

- ▷ in Nordrhein-Westfalen (17,1 Millionen Einwohner, 12,1 Millionen Wahlberechtigte), wo seit 1966 SPD und FDP die Macht haben; Landtagsitze: 99 SPD, 86 CDU, 15 FDP;
- ▷ in Niedersachsen (sieben Millionen Einwohner, 5,1 Millionen Wahlberechtigte), wo seit 1965 eine Große Koalition von SPD und CDU regiert, die sich im Frühjahr selber mattsetzte und Neuwahlen erforderlich machte; Landtagsitze: 65 SPD, 67 CDU, sieben FDP, sieben NPD, drei Fraktionslose;
- ▷ im Saarland (1,1 Millionen Einwohner, 800 000 Wahlberechtigte), wo seit der Rückgliederung vor 13 Jahren ununterbrochen die CDU herrscht, zur Zeit mit Hilfe der FDP; Landtagsitze: 24 CDU, 21 SPD, fünf FDP.

Doch nicht nur das schiere Quantum verleiht diesen Landtagswahlen den Rang eines Plebiszits über Ost- und Konjunkturpolitik, über Erfurt und Kassel — und darüber, ob es mit all den Reformen, die ein besseres Deutschland verheißen, nicht gar zu schleppend vorangeht. Die Wahlen haben vielmehr quasi repräsentativen Charakter.

Denn gewählt wird, wo Deutschland am frömmsten und am ärmsten ist (an der Saar), wo das meiste Geld und der größte Dreck gemacht werden (an Rhein und Ruhr) und wo, von Küste bis Zonenrand, Mähdrescher und Traktoren das Bild beherrschen (an Leine und Ems). Die Saar ist katholisch (73 Prozent der Bevölkerung), Niedersachsen — bis auf ein paar katholische Enklaven — protestantisch (77 Prozent). Und Nordrhein-Westfalen präsentierte sich halbe-halbe (52 Prozent katholisch, 43 Prozent protestantisch).

Das Votum fällt in Hochburgen der Christen-Partei (so etwa Saar und Münsterland) wie in traditionellen Revieren der Roten (so der Großraum Hannover und der Kohlenpott). Und auch die Extremen von rechts und links fühlen sich dort, wo am Sonntag gewählt wird, zu Hause: die Nationaldemokraten in Niedersachsen und an der Saar, die Kommunisten in den Industriezentren an der Ruhr.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (Ministerpräsident: Heinz Kühn, SPD) und an der Saar (Ministerpräsident: Franz Josef Röder, CDU) waren termingerecht fällig. In Niedersachsen kam die Wahl unversehens. Dort, wo die SPD stets vorn war

und nur vorübergehend einmal Heinrich Hellwege (Deutsche Partei) das Steuer überlassen mußte, regierte seit dem Konkordatsstreit vor fünf Jahren eine Große Koalition unter Führung des früheren Apothekers Georg („Schorse“) Diederichs.

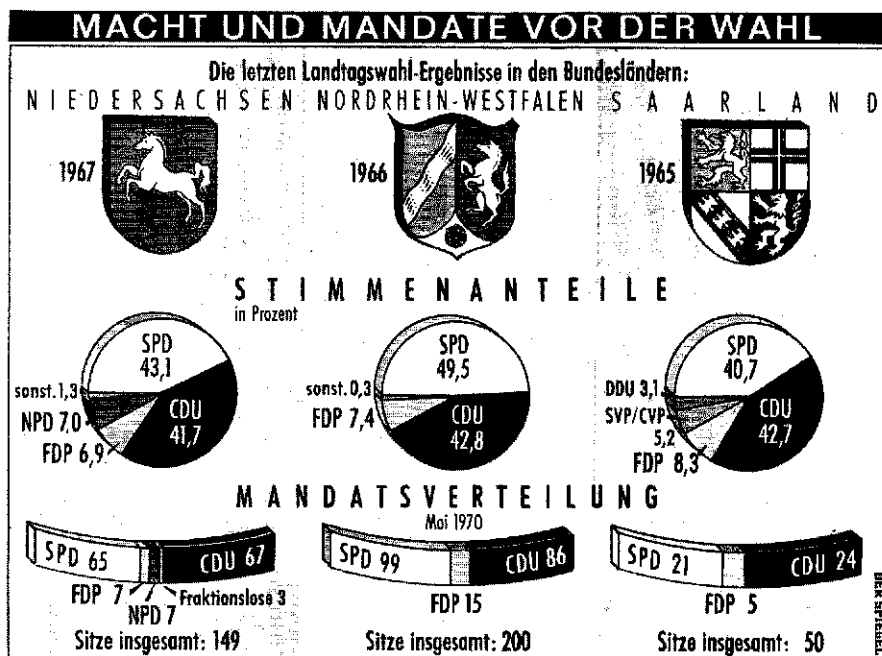
Um die Jahreswende löste die CDU, die durch Übertritte zur stärksten Landtagsfraktion avanciert war, mit ihrem Begehren nach stärkerem Einfluß auf das Abstimmungsverhalten Niedersachsens im Bundesrat eine Regierungskrise aus, die schließlich zur Burleske geriet: Am Ende regierte eine Große Koalition, die es nicht mehr gab, unter einem Ministerpräsidenten, der nicht zurücktrat, mit einem Kabinett, dem Minister angehörten, die der Regierungschef entlassen wollte, und es existierte ein Landtag, der sich

Landtag errang, die Fünfprozentklausel nicht bewältigen würde, wäre es mit Adolf von Thadden und der „nationalen Wiederkehr“ zu Ende.

Denn: Wenn die FDP in Nordrhein-Westfalen, wo sie einst ihre „Jungtürken“ gegen Adenauer in Szene setzte (und die CDU-Regierung Arnold stürzte) und jetzt wieder nach Bonner Art mit der SPD koalitiert, durch den Rost fiele, geriete auch das Bonner Koalitionsmodell ins Wanken.

So haben die großen Parteien zur Wahlschlacht ihre Sturmspitzen formiert:

- ▷ in Nordrhein-Westfalen die SPD mit Ministerpräsident Heinz Kühn, 58, der bei der letzten Landtagswahl mit 49,5 Prozent nur knapp



wochenlang sträubte, sich unter solchen Umständen aufzulösen.

In jedem der drei Bundesländer geht es nicht nur darum, ob die großen Parteien SPD und CDU im Aufwind oder im Abwind liegen — in jedem Bundesland fällt eine spezifische politische Entscheidung: in Niedersachsen über die Zukunft der rechtsradikalen NPD, in Nordrhein-Westfalen über das Schicksal der FDP, an der Saar über die künftige Zusammensetzung des Bundesrates in Bonn.

Denn: Wenn es der SPD und der FDP gelänge, die Christdemokraten an der Saar abzulösen, würden sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat (derzeit 21 CDU-, 20 SPD-Stimmen) ändern. SPD und FDP hätten dann 23 gegenüber 18 Stimmen der CDU und CSU — vorausgesetzt, in Nordrhein-Westfalen bliebe es beim alten und in Niedersachsen siegte wieder die SPD.

Denn: Wenn die NPD in ihrer Hochburg Niedersachsen, wo sie bei der letzten Landtagswahl sieben Prozent der Stimmen und zehn Sitze im

die absolute Mehrheit verfehlte; die CDU mit dem katholischen Bonner Staatssekretär a. D. Heinrich Köppler, 44, der den 3,6-Prozent-Verlust der vorigen Wahl wieder wettmachen und am liebsten mit der FDP des Innenministers Willi Weyer, 53, das Land regieren möchte;

- ▷ in Niedersachsen die SPD mit dem designierten Diederichs-Nachfolger Alfred Kubel, 61, den der CDU-Landwirt Wilfried Hasselmann, 45, mit den Stimmen ehemaliger FDP- und NPD-Wählern überwinden möchte — was ihm, wenn überhaupt, nur mit Unterstützung der FDP des Hamelner Stadtdirektors Rötger Groß, 37, gelingen kann;
- ▷ im Saarland die CDU mit ihrer nach wie vor „zugkräftigsten Wahllokomotive“ („FAZ“) Röder, 60, dem dienstältesten Landeschef Westdeutschlands; die SPD mit ihrem alten Heim-ins-Reich-Kämpfer Kurt Conrad, 58, der theoretisch eine Chance hat, noch Ministerpräsident zu werden — mit Hilfe der



CDU-Wahlkampf mit Go-Go-Girls: Pop für die Politik

die Sache unter sich aus — im ersten Pop-Wahlkampf der republikanischen Nachkriegsgeschichte.

Mit mehr als 20 Millionen Mark finanzierten die Parteien Poster und Beat-Bands, Plastiksparschweine und Go-Go-Girls, Putztücher und Diskjockeys. In Dortmund lassen die Sozialdemokraten auf einer Wahlparty neben Willy Brandt Tonkünstler Roberto Blanco („Heute so, morgen so“) auftreten, in Düsseldorf eröffnete die CDU ihren Wahlkampf mit einer holländischen Mädchenkapelle, Showmaster Camillo Felgen und zwei gelbweiß gedrehten Motorradfahrern auf roten Maschinen, die — von Maxi-Mädchen flankiert — vor Köppler und Kiesinger, Barzel und Schröder her in die Messehallen einführen.

Im Südwesten half Plattenleger Dieter („Thomas“) Heck von der ZDF-„Hitparade“ in einer Jungwählerkampagne „Hallo Freunde“ mit solchen Stars wie Bernd Spier und Heino, „das verstaubte Image der CDU“ aufzupolieren — so ein Partei-rundschreiben in Saarbrücken.

Eine 5000-Kilometer-Tournee, die er mit in München gemieteten Bussen kreuz und quer durch Niedersachsen macht, garnierte CDU-Ländler Wilfried Hasselmann mit James-Last-LPs für die jungen sowie Marschmusik für seine Stammwähler. Und den Sonnabend vergangener Woche proklamierte die SPD für ganz Hannover zum „Tag der Fröhlichkeit“: mit gleich sechs Bands, die durch die Landeshauptstadt zogen.

SPD-Kandidat Bruno Orzykowski in Hannover-Linden, einst KPD-Funktionär, wollte dabei kundtun, daß er kein Bürgerschreck mehr ist. Auf dem Markt in seinem Wahlkreis lud er zur „Polit-Party“ unter dem Motto „Bruno läßt die Puppen tanzen“. Die Puppen — „Petra and the modern Pop dancers“ — zogen ihre Show auf einem Lkw der Leichtmetall-Werke ab, es gab Bier, Würstchen und Aluminium-Plaketten („SPD-Bruno ist okay“).

Denn Pop tut not bei Wahlen, zu denen — nach Herabsetzung des Wahlalters — je nach Länge der letzten Legislaturperiode sechs bis sieben Jungwähler-Jahrgänge antreten — geboren zum Teil erst, als der Korea-Krieg schon vorbei war. Da mochte auch der „Jung Siegfried“ (Parteislogan) der altbackenen Niedersachsen-CDU, Wilfried Hasselmann, nicht zurückstehen: Für ein Poster („Nobody is perfect“) ließ er sich gut 600mal fotografieren, dann fanden seine Berater, daß er gemalt doch besser aussehe — ein bißchen Lex (Barker), ein bißchen Rex (Harrison).

Wahlanalysiker gehen davon aus, daß drei Faktoren den Ausgang der Wahlen entscheidend mitbestimmen:

- ▷ das Votum der Jung- und Erstwähler (Wahlberechtigte unter 25 Jahren in allen drei Bundesländern: zwei Millionen) — wobei interessant wäre, ob die Jungwähler gemäß mittlerweile klassischem Verhaltensmuster in etwa so wählen wie die Alten;

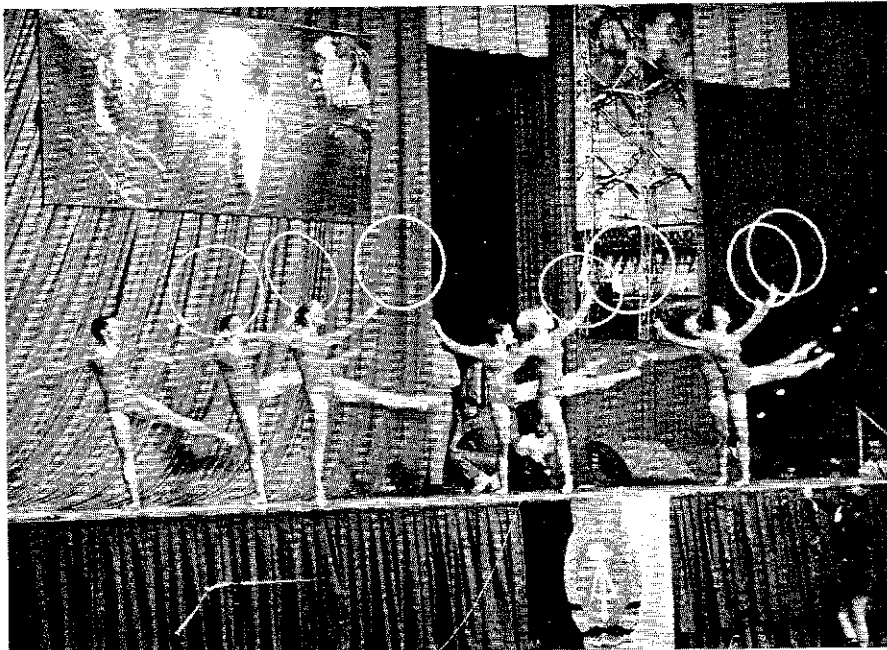
FDP des derzeitigen Wirtschaftsministers Reinhard Koch, 49.

Die Extremisten haben bei dieser Wahl keine Chance. Im NPD-Refugium Niedersachsen wähnt Parteisprecher Hans-Joachim Richard nur noch „zwei bis vier Prozent eingefleischte NPD-Wähler“. Und in Nordrhein-Westfalen wie an der Saar fühlt sich die Rechtspartei so schwach, daß sie auf Kundgebungen weitgehend verzichtet hat. Richard: „Es ist überall dasselbe... der Reiz der Neuheit ist weg.“

Auch die Profis ganz links haben schon das Handtuch geworfen. Zwar teilte die DKP im Ruhrgebiet 400 000 Fußballkalender zur Weltmeisterschaft mit eingestreuten Wahlparolen unter Schalkern und Borussen aus, und in

der Essener Gruga-Halle turnten ranke Gymnastik-Mädchen für die Roten, doch die Linksaußen erhoffen kaum ein Echo. So rechnen die Genossen in Hannover nicht einmal damit, in den Genuß einer Wahlkampf-kostenerstattung zu kommen, die dort bei mindestens 1,25 Stimmenprozenten gewährt wird. DKP-Sprecher Willi-Günther Oppermann: „Wir kommen da nicht ran, wir sitzen nicht an den Fleischtopfen des Kapitalismus.“

Schließlich: Die letzten Separatisten an der Saar, die 1965 noch der „Saarländischen Volkspartei“ (SVP) anhängen (5,2 Prozent), sind inzwischen weitgehend zur CDU abgewandert; sie beteiligen sich diesmal nur noch aus symbolischen Gründen an der Wahl. So machen die beiden großen Parteien



DKP-Wahlkampf mit Turnerinnen: Rank für die Roten



Hasselmann



Kubel

**Niedersachsen-Rivalen
Besser gemalt**

▷ das Votum der Frauen, die beispielsweise in Nordrhein-Westfalen bei der letzten Landtagswahl CDU-freundlicher gewählt haben als die Männer (Frauen 46,9, Männer 36,2 Prozent) — ein Trend, den die CDU mit einem auf Preissteigerung abgestellten Wahlkampf erneut zu fördern trachtet;

▷ die Wahlbeteiligung, die nach Meinung von Wahlanalitikern der SPD nutzt, wenn sie hoch ist, die CDU aber fördert, wenn sie niedriger liegt; Josef Götz, Direktor des Statistischen Amtes Saar: „Je schöner das Wetter ist, um so schöner ist es für die CDU.“

Abgesehen vom Saarland, wo alle Jahre wieder der nichtgebaute Saarpfalz-Kanal und die Strukturkrise der Gruben und Hütten zur Debatte stehen, spielen Landesprobleme vor der Juni-Wahl nur eine untergeordnete Rolle. Von der Gebiets- und Verwaltungsreform etwa, über der das niedersächsische Parlament drei Jahre lang in Streit lag, ist nur am Rande noch die Rede. Und die Sorge um die Arbeitsplätze, die lange Zeit die nordrhein-westfälische Politik beherrschte, spielt in einer Ära der Vollbeschäftigung keine Rolle.

Die Wahlkampffargumente sind denn auch die einer Bundestagswahl: Die CDU attackiert die Bonner Ost- und Wirtschaftspolitik, die SPD weist der CDU die Rolle eines Störenfrieds zu, und die FDP müht sich tagaus, tagein, zwischen den großen Parteien so etwas wie Profil zu wahren.

▷ CDU-Wahlprospekt („Zur Kasse, Schätzchen“) für die Frauen der

Saar: „Dank Herrn Schillers (SPD) Wirtschaftspolitik stiegen innerhalb kürzester Frist die Lebenshaltungskosten um 3,6 Prozent, einzelne Konsumartikel um 30 Prozent, der Darlehenszins um zehn bis elf Prozent, die Baukosten um zehn Prozent, die Mieten um zehn Prozent.“

▷ CDU-Inserat in der niedersächsischen „Braunschweiger Zeitung“: „Kassel — der Zug ist abgefahren, Stoph verlangt die völlige Selbstaufgabe, Brandt scheidet mit seinen Konzessionen, scheidet mit zunehmender Kompromißbereitschaft.“

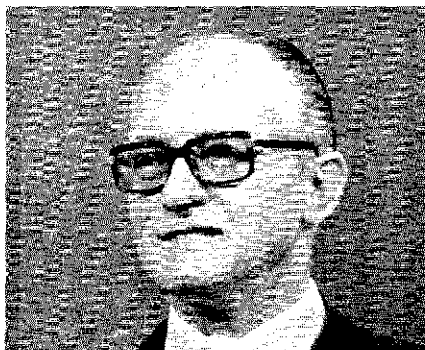
▷ CDU-Wahlkämpfer Kiesinger: „Die Nebelwerferpolitik, die die heutige Regierung seit nunmehr acht Monaten betreibt, hat die Realitäten verschleierte. Das russische Zentralkomitee rechnet mit der bundesdeutschen Bereitschaft zur Kapitulation.“

Ob die Christdemokraten mit dieser Wahlkampftaktik Erfolg haben werden, steht dahin. Zwar meinten nach einer „Infas“-Umfrage an der Saar 34 Prozent der Bürger, Hauptschuld an den steigenden Preisen trage die „Politik der Bundesregierung“, 30 Prozent machten den „Handel“ haftbar. In Nordrhein-Westfalen aber ermittelte Infas, daß 61 Prozent der Bürger (und sogar 30 Prozent der CDU-Anhänger) glauben, auch eine CDUgeführte Regierung wäre mit den Preisen nicht besser fertig geworden.

Zwar zirkuliert unter saarländischen Gläubigen ein anonym verfaßtes „Glaubensbekenntnis“, in dem es von



Röder



Conrad

**Saar-Rivalen
Keiner kämpft**



Köppler



Kühn

**NRW-Rivalen
Zoch kütt**

Willy Brandt heißt, er sei gekommen, „zugrunde zu richten die Vernunft in der deutschen Ostpolitik“ — und der CDU-Kreisgeschäftsführer von St. Wendel, Lothar Weichering, verschickte das Pamphlet an seine Ortsvereine „zur Kenntnisnahme“. Aber als der Kanzler zwei Tage nach Kassel vor dem hannoverschen Ratskeller aus seinem Auto stieg, blieben die Passanten stehen, klatschten und riefen: „Bravo, gut gemacht.“

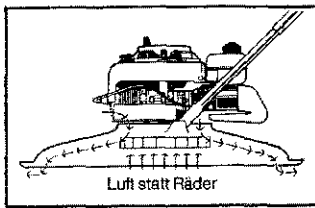
Die Großwetterlage, so haben Befragungen ergeben, war für die SPD lange nicht so vorteilhaft. Ob sich diese Konstellation günstig für die Bundespolitik auswirkt, hängt freilich davon ab, ob die FDP in den drei Ländern ihren kargen Besitzstand vom letzten September (Nordrhein-Westfalen: 5,4 Prozent, Niedersachsen: 5,6 Prozent, Saarland: 6,7 Prozent) halten kann.

Die schon historische Hypothek der FDP, die Profil-Neurose, belastet die Mini-Partei auch am 14. Juni: In Nordrhein-Westfalen war der Zwist zwischen konservativen und progressiven Liberalen offen ausgebrochen, als Freidemokrat Erich (IOS) Mende rechte Parteifreunde in Hohensyburg versammelte, und seither ist gewiß, daß Mende samt Gesinnungsfreund Siegfried Zoglmann ein schlechtes FDP-Ergebnis zu dem Versuch nutzen wird, die Partei wieder nach rechts zu manövrieren.

Auch die Freidemokraten im weithin agrarischen Niedersachsen möchten es sich nicht leisten, sich von vornherein auf eine Koalition nach Bonner Muster festzulegen: Nachdem der Partei im vergangenen Jahr drei nationalliberale Abgeordnete zur CDU entwichen waren, muß sie nun darauf achten,

Neue Technik Neues Rasenmähen: Luftkissenmäher

Flymo – der einzige Luftkissenmäher der Welt. Schafft es mühelos im Flug. Schwebt schwerelos auf einem Kissen aus Luft. Räderlos. Spürlos. Und schnell, sehr schnell. Denn Luft leistet keinen Widerstand. Macht einen Rasenmäher erst richtig wendig. Der Flymo



mäht vorwärts, rückwärts, seitwärts, im Kreis. Wohin Sie wollen. Mäht auch den zartesten Rasen. Ohne

Radspuren zu hinterlassen. Mäht langes, und kurzes, dickes und dünnes Gras. Sogar Ihr 14-Tage-Regen-Rasen-Dickicht. Zeigt einzigartige Leistung am Hang. Mit viel Sicherheit bei nur 5 mm Bodenabstand. Das ist das neue, das schnelle, das mühelose Rasenmähen.

Flymo

LUFTKISSENMÄHER



Fliegen Sie Flymo-Luftkissenmäher. Kreuzen Sie bitte hier im Coupon an, wie Sie den Flymo näher kennenlernen wollen:

- Durch Vorführung im eigenen Garten
- Durch Prospektmaterial

Name: _____

Adresse: _____

Flymo GmbH, 2 Hamburg 22, Blumenau 131
Schweiz: Otto Richei AG, 5401 Baden Sp5

nicht allzusehr gesundzuschumpfen. Wie heftig die Spannungen in dem norddeutschen FDP-Verband sind, erwies im Frühjahr während der hannoverschen Regierungskrise die Abstimmung im FDP-Landeshauptauschuß, bei der sich nur 57 Delegierte gegen, 50 aber für ein Zusammengehen mit der CDU aussprachen.

Im Saarland gar, wo „Ervolkspolitiker“ (Eigenanzeige) und Wirtschaftsminister Reinhard Koch die FDP führt, ist das Parteiprofil derart verwaschen, daß die Wahlkämpfer einerseits Kochs aktive Strukturpolitik herausstellen („In drei Jahren haben wir 114 Betriebe hierhergeholt, darunter Zweigbetriebe von Grundig, Ford, Michelin und NSU/Citroën“), andererseits aber gestehen: „Trotzdem halten ihn viele für einen CDU-Mann.“

FDP-Landeswahlkampfleiter Karl Wust, der eher nach links tendiert und darin auch mit dem vermutlich dritten Mann der neuen FDP-Gruppe im Landtag, Werner Klumpp, einig ist, plädiert zwar für einen Machtwechsel an der Saar, traut dem Partner seiner Wahl aber nicht die Machtergreifung zu: „Die SPD ist so zurückhaltend, keiner kämpft, wo doch die Chance diesmal so groß ist.“

In der Tat bietet sich die saarländische Oppositionspartei dem Stimmvolk in fataler Verfassung dar. Spitzenmann Conrad, mit den Jahren gealtert, hat an Spannkraft und Überzeugung verloren. Fraktions-Vize Friedel Reitz möchte lieber Oberbürgermeister von Neunkirchen bleiben, als Minister werden. Und Jungsozialisten wie der Diplom-Physiker Oskar Lafontaine, 26, und der Sonderschullehrer Friedel Läßle, 31, erscheinen kaum ministrabel. Wenn der SPD-Wahlkampfleiter Paul Grabe gefragt wird, wer an der Saar denn überhaupt für ein SPD-Kabinett zur Verfügung stehe, kommt blauer Dunst: „Wir haben keine Mannschaft, dafür aber viele Mannen.“

Zwar hoffen Sozialdemokraten und Liberale auf die Sympathie von rund 100 000 Erst- und Jungwählern. Wohl profitiert die SPD von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes: In den katholischsten Kreisen Saarlouis, Merzig-Wadern und St. Wendel, den Regionen mit dem größten Industrie-Aufschwung, verringerte sich zwischen 1961 und 1969 der Abstand zwischen CDU und SPD-Stimmen um durchschnittlich 13 Prozent (Gesamt-Saar: neun Prozent).

Doch gegen den christdemokratischen Regenten, Oberstudiendirektor a. D. Röder, wissen die Sozialdemokraten weder Mittel noch Mann. Für etwa 95 Prozent der Saarländer ist Röder ein Begriff. Auf die Frage, wen sie, wenn sie könnten, zum Ministerpräsidenten küren würden, nannten sogar 22 Prozent der SPD-Anhänger seinen Namen.

Linke und liberale Wahlanalysiker hoffen denn auch allenfalls darauf, daß die SPD 23 der 50 Landtagsitze erobern und mit Hilfe von drei FDP-Mandaten die Röder-Partei (derzeit 24 Sitze) überrunden könnte. Für den

Regierungschef, amtsmüde und galgenkrank, würde auch dann die heile Welt nicht zerbrechen. Röder: „Ich stehe jeden Abend allein bei den Turnvereinen, Musikvereinen und Gesangsvereinen und komme nicht ins Bett.“ Und: „Ich sehe nicht ein, daß man in der Politik hundert Jahre alt werden muß.“

SPD-Landesvater Dr. Georg Diederichs in Niedersachsen sah das bereits im Alter von 69 Jahren ein und verzichtete rechtzeitig auf seinen Amtssessel. Die Genossen waren es zufrieden und sorgten auch im Apparat für Auffrischung: Sie stürzten das Parteidenkmal Egon Franke und wählten den unkonventionellen Professor von Oertzen zum Parteichef.

Zum SPD-Spitzenkandidaten freilich fehlte es dem Links-Professor noch an Popularität. Und darüber verfügt auch Alfred Kubel, 61, nicht gerade reichlich („Ich bin kein Landesvater und werde auch keiner“), der sich nach zwei Jahrzehnten Ministerarbeit schon zurückziehen wollte und sich zur Diederichs-Nachfolge erst bewegen ließ, als die Genossen nicht mehr aus noch ein wußten: Im Vergleich zu seinem CDU-Gegenkandidaten Hasselmann, der auch bei Themen, die ihm weniger geläufig sind, immer frisch drauflos plaudert, wirkt Kubel kalt und glatt. Um so väterlich milder lassen ihn die SPD-Wahlstrategen von den Plakaten lächeln.

Das Lächeln gilt in erster Linie den SPD-Stammwählern im Lande. Denn nur wenn am 14. Juni alle, alle an die Urne gehen, können die Sozialdemokraten eines glatten Sieges sicher sein — anders als bei der Landtagswahl 1967, als die CDU die ominöse 40-Prozent-Marke überwinden konnte, freilich in einer Wahl, die nach Meinung der Genossen „atypisch“ verlief.

Denn zu jener Zeit war einem Teil des SPD-Volks angesichts der Großen Koalition in Bonn und in Hannover die Lust am Urnengang vergangen: Siebzig Prozent ihrer Verluste erlitten die Sozialdemokraten 1967 allein in den zehn größten Städten des Landes, und in 56 der 95 niedersächsischen Wahlkreise gingen die SPD-Einbußen mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung einher.

Ob die SPD-Rechnung diesmal aufgeht, hängt wie in den beiden anderen Bundesländern davon ab, wieweit es den Christdemokraten gelingt, vom rechten Flügel der FDP und von den Rechten der NPD Stimmen abzuwerben. Die Infas-Befragter trauen der SPD in Niedersachsen jedes Rekord-

Ergebnis zwischen 45 und 48 Prozent zu, nahe oder vielleicht sogar über der absoluten Mehrheit.

Und ähnlich wohlwollend wie an Weser und Saar beurteilen die parteinahen Demoskopos aus Bad Godesberg die Stimmenaubeute der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen — wo die Genossen, anders als in Hannover und Saarbrücken, auch noch über einen attraktiven Spitzenkandidaten verfügen.

Hätte das Volk zwischen Reben und Revier seinen Ministerpräsidenten in direkter Wahl zu wählen, dann wäre die absolute Mehrheit sicher: 59 Prozent, so ergaben Umfragen, würden für SPD-Kühn, nur 21 Prozent für CDU-Köppler stimmen, der als Ersatzmann für den ursprünglich als Spitzenkandidaten gestarteten Wilhelm Lenz zu spät antrat, um noch Profil und Popularität gewinnen zu können.

Punkte, und alle vier Kölner Wahlkreise fielen an die SPD. Jungwähler und zum erstenmal Frauen (58 Prozent in Köln) waren es, die den Sozialdemokraten den Sieg brachten.

Ob auch am 14. Juni wieder der SPD-Zoch kütt, wird — wie in Niedersachsen — davon abhängen, ob alle, die im September dabeigewesen waren, wieder mitlaufen. SPD-Landesgeschäftsführer Hermann Scheffler fürchtet denn auch vor allem den „Auf-meine-Stimme-kommt's-nicht-an-Effekt“ — besonders bei den Jungwählern (1,4 Millionen), deren Wahlbeteiligung bislang stets unter 50 Prozent lag.

Nicht minder um Solidarität verlegen ist Kühn-Kontrahent Köppler, der freilich nicht einmal in der Partei auf Geschlossenheit rechnen darf. Die ewig rivalisierenden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen haben Burgfrieden nur bis zum Wahltag geschlossen, und unvermindert haften der Union zudem die Querelen um ihren Spitzenkandidaten an, die — zu spät — erst mit der Nominierung Heinrich Köpplers beendet wurden.

Der CDU-Spitzenkandidat genießt es, daß ihn die Düsseldorfer Persil-Agentur Troost mit einem Hauch von Fortschritt und Jugendlichkeit verkauft. CDU-Parole: „Köppler kommt. Damit unser Land wieder Nr. 1 wird.“

Den Inserats-Text „Köppler kommt und geht — wir sorgen dafür“, den die Hamburger Newcomer-Werbeagentur Barthel, Bohne, Dirks & Rickmann für die SPD erdacht hatte, ließ Wahlkämpfer Kühn freilich wieder streichen. Kühn, der dem Wahlvolk auf Tausenden von Plakaten und Millionen von Anzeigen seinen Daumen als Siegesymbol entgegenhält, sind derlei Parolen unangenehm: „Da hilft nur eins: Augen zu und dran vorbei.“

Doch seinem CDU-Gegner Köppler, den die Persil-Werber in Hans-Albers-Pose („Hoppla, jetzt komm' ich“) verkaufen, helfen auch Pop-Plakate und Fernsehshocker nicht über Partei-Probleme hinweg. Zwar hat Köppler eine „Mannschaft“ benannt, mit der er siegen möchte, die Namen aber sind kaum bekannt oder bei den Wählern schon wieder in Vergessenheit geraten: Es fehlt der CDU an „personaler Präsentation“ (SPD-Kühn). So bleibt der Union, wie in Niedersachsen, die Hoffnung auf Zuneigung des Landvolkes.

Freilich: In den Gemeinden unter tausend Einwohnern war die CDU zwar bei der letzten Landtagswahl mit 58,6 Prozent (SPD: 34,8) vorn gewesen, aber schon in den kleinen Städten mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern lag sie mit 42,9 Prozent hinter der SPD (49,2) zurück. In den Städten über 200 000 Einwohner schnitt sie sogar schwächer ab als die SPD auf dem flachen Land: CDU 34,2, SPD 58,9 Prozent.

Und: Gut 40 Prozent aller nordrhein-westfälischen Wahlkreise liegen in den Großstädten.



NRW-Wahlplakate: „Augen zu und dran vorbei“

Noch nie haben die Sozialdemokraten in diesem Land so viel Sympathie genossen. Und vor allem dort, wo es darauf ankommt, kann Kühn hoffen: in Zechen und Fabriken. Daß es die SPD ist, die sich am stärksten für den Bergbau verwendet, meinen 53 Prozent der Landesbewohner; nur gerade zehn Prozent finden, die CDU sei da einsatzfroher. Nicht mehr als 15 Prozent setzen auf die CDU, 51 Prozent aber auf die SPD, wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze geht, und auch die Berufsausbildung — ein Wahlkampfthema der CDU — scheint den Wählern bei der Kühn-Partei weit besser aufgehoben.

Schon bei der Bundestagswahl hatte der linke Trend rechts des Rheins den Ausschlag gegeben, als vor allem in den Großstädten, aber auch in katholischen Gegenden die Christdemokraten große Kontingente an die SPD hatten abgeben müssen. So verlor die CDU in der Bischofsstadt Münster 7,7